

Vertliche und sächsische Angelegenheiten.

Pulsnig. (Wetterbericht vom 15. Januar.) Vormittags: Südwestliches „Hoch“ hat sich besonders nordostwärts ausgebreitet, sodaß das Barometer innerhalb 24 Stunden bei uns bis zu 25 mm gestiegen ist. Danach ist heiteres Wetter mit Nachtfrost eingetreten. Die Herrschaft dürfte nicht lange dauern, vielmehr bald einen neuen stürmischen Einfluß erlangen, womit wieder Regen und Wind zu erwarten sind.

— (Paletannahme.) Vom 18. dieses Monats ab wird die Annahme von Pateten an Sonn- und Feiertagen auf „dringende Patete“ beschränkt. Vom 1. Februar ab werden außerdem an Sonn- und Feiertagen Postanweisungen und Zahlkarten, abgesehen von telegraphischen sowie Wertbriefe von der Annahme ausgeschlossen.

— (Religionsfrage in der Schule.) Der Vorkausch des Bezirkslehrervereins schreibt: Es erscheinen jetzt oft in der Presse, auch im „Pulsniger Wochenblatt“, Artikel von kirchlichen Pressezentralen über die Religionsfrage in der Schule. Wir könnten als Fachleute mancherlei dazu sagen, aber wir müssen darauf verzichten, diese wichtige Frage so schlagwortartig, wie es die betr. Veröffentlichungen wollen, zu erledigen. Wir möchten aber einmal feststellen, daß in diesen Artikeln Begriffe und Tatsachen so verwendet werden, daß nur sachunkundige Leser zustimmen können. Dafür ein Beispiel! In Nr. 8 steht unter der Ueberschrift: Was haben wir von der Gemeinschaftsschule zu erwarten: „Außerdem stellen sich der praktischen Durchführung der Simultanschule die größten Schwierigkeiten gegenüber. Wie soll der Lehrer in einer solchen Schule z. B. im Geschichtsunterricht vorgehen? Man denke an den Kampf der deutschen Kaiser mit den Päpsten. Wie soll ein protestantischer Lehrer hier das deutsche Recht zur Geltung bringen, wenn er sich auf Schritt und Tritt durch Anwesenheit katholischer Kinder gebremst sieht? Man denke an die Behandlung der Geschichte der Inquisition, des Jesuitenordens und vor allem der Reformationsgeschichte. Das führt zu einer Verkürzung der Kinder in ihrer Weltanschauung und an wertvollsten Kulturgütern und zu einer Gewissensvergewaltigung der Lehrer.“ — Wir gehen auf diese Anschauungen nicht ein, sondern bringen nur Tatsachen: An den Universitäten, wo man von einer Weltanschauung der Lernenden eher reden kann, gibt es keine getrennten Geschichtsvorlesungen für katholische und evangelische Studenten. In den höheren Schulen ist es so, daß die 10—19jährigen Schüler ohne Rücksicht auf das Bekenntnis mit Ausnahme des Religionsunterrichts gemeinsamen Unterricht genießen. Die Leser kennen gewiß auch die Tatsache, daß in ganz Sachsen dort, wo keine besonderen katholischen Schulen bestehen, also in den meisten Schulgemeinden des Landes, die katholischen Kinder außer in der Religionsstunde am gesamten Unterricht der evangelischen Kinder teilnehmen. Ja, hier, im ganzen Amtsgerichtsbezirk Pulsnig ist es ausnahmslos so. Die Schwierigkeiten also, von denen der Verfasser spricht, sind im größten Teile praktisch bereits überwunden, es gibt zum größten Teile „solche“ Schulen schon längst, und das ohne Gewissensvergewaltigung der Lehrer und Kinder; denn die Lehrer sind pädagogisch soweit gebildet, daß sie das aus der Kultur- und Kirchengeschichte Wertvolle gebührend würdigen, ohne dabei herausfordernd zu werden. Der Artikel läßt also etwas, was längst besteht, ganz außer acht. — In dem betreffenden Artikel steht noch Wertwörteres. Es ist heute nicht unsere Aufgabe, Klarheit zu schaffen oder etwa die Stellung der Lehrerschaft zu der ganzen Frage zu kennzeichnen. Den Eltern soll durch dieses Beispiel nur gezeigt werden, daß sie die Sachlichkeit und Gründlichkeit der betreffenden Artikel anzweifeln dürfen.

— (Der sächsische Unterrichtsminister über die Realschule.) Wegen der Frage der Umbildung der Realschule waren am Montag als Vertreter des Hansabundes die Herren Gaale und Liebster aus Leipzig und Hoff aus Dresden beim Kultusminister Dr. Seyfert vorstellig geworden. Als Vertreter der Realschulen nahmen an der Besprechung teil: Rektor Stöcker-Chemnitz, Oberlehrer Julius Leipzig und Dr. Daße Dresden. Kultusminister Dr. Seyfert sagte der Abordnung zu, daß der Realschule der Charakter als wissenschaftliche Schule auch bei der bevorstehenden Reform des Unterrichtswezens gewahrt bleiben soll. Durch die Schaffung des allgemeinen vierjährigen Unterbaues für höhere Schulen soll die Realschule nicht gefährdet werden. Der Vorgänger Dr. Seiferts, der sozialdemokratische Kultusminister Buch, stand bekanntlich auf dem Standpunkte, daß für die Realschule farderhin kein Platz mehr vorhanden wäre.

— (Ausbildungsstelle für Kriegsverletzte.) Es ist in Aussicht genommen bei der Landwirtschaftlichen Lehranstalt in Baugen eine einheitliche Ausbildungsstelle für Kriegsverletzte, die Bandwirte werden wollen, einzurichten. Um einen Ueberblick zu erhalten, wieviel Kriegsverletzte der landwirtschaftlichen Schule zugewiesen werden möchten, werden die betreffenden Kriegsverletzte aufgefordert, sich bis spätestens 20. Januar bei den zu-

ständigen Orts- oder Bezirksämtern für Kriegerfürsorge zu melden.

— (Weiteres Sinken der Valuta.) Die österreichische Krone hat am 13. d. M. an der Schweizer Börse den bisher tiefsten Stand erreicht. Sie notierte in Zürich und Basel nunmehr einen Centime. Auch die Markvaluta zeigt eine sinkende Tendenz, da an den Börsen täglich Millionen deutscher Marknoten angeboten werden, ohne daß eine entsprechende Nachfrage besteht.

Lichtenberg. Wie glücklich kann sich jeder preisen, der in den letzten Jahren auf seiner heimatischen Scholle verbleiben durfte. Welch namenloses Unglück aber warz für diejenigen Bewohner deutscher Grenzgebiete, die von Haus und Hof verjagt, von teuren Angehörigen getrennt, aus liebgewonnener Tätigkeit herausgerissen, in fremde Länder verschleppt wurden! Harte Qualen und Schikanen, schmerzender Heimweh galt es zu ertragen! Und sie haben alles standhaft getragen, haben ihr deutsches Volkstum treu bewahrt! Endlich wird nun Tausenden die heiße Sehnsucht nach ihrem Heimatboden gestillt, sie kehren zurück aus häßlicher Knechtschaft, aber mittellos, entkräftet, ohne Geld und Energie. Sind diese Rückwanderer uns gleich unbekannt, so sind es doch unsere Brüder, unsere Stammesgenossen, Leute deutscher Zunge, deutscher Sitte. Um unserer Sicherheit und Wohlfahrt willen, haben sie gelitten. Vergelt dies nicht, liebe Druseinwohner, wenn Euch dieser Tage die Sammelboten um eine Spende für diese schwerbetroffenen Heimkehrer angehen. Es geschieht um Anregung der Organisation „Rückwandererhilfe“, Landesstelle in Leipzig.

Willst Du glücklich sein im Leben, trage bei zu anderer Glück, denn die Freude, die wir geben, strahlt ins eigne Herz zurück! —

Thorn. (Schulnachrichten.) In letzter Zeit ist darüber zu klagen, daß die Kinder der Unterklassen viel zu zeitig zur Schule kommen. Sie stören dadurch nicht nur den Unterricht der Oberklassen, sondern sie frieren auch und erkälten sich nur, wenn sie sich schon von 1/11 draußen oder im Hausflur sammeln. Da ihr Unterricht erst nach 11 Uhr beginnen kann, so sollen sie erst um 11 Uhr in der Schule sein. Die Lehrerschaft ersucht darum die Eltern, dafür Sorge zu tragen, daß die Kinder nicht eher als um 11 Uhr in der Schule sind, beziehungsweise die Kinder der Klassen 5 und 6 Mittwochs nicht eher als um 10 Uhr. Auch bei der Schulhausfrau dürfen sich die Kinder nicht eher versammeln.

Kamenz. (Essentielle Bezirksausführung.) Am Sonnabend, den 10. Januar, vormittags 9 Uhr fand unter dem Vorsitz des Herrn Amtshauptmann Grafen Vitzthum von Eckstädt in der Amtshauptmannschaft die erste diesjährige öffentliche Sitzung des Bezirksausschusses statt. Zunächst wurde der Erhöhung der Gehälter mehrerer Gemeindevorstände des Bezirks zugestimmt. Die Gehälter des Max Berthold in Reichenau um Uebertragung der Erlaubnis des Bier- und Branntweinschanks im Grundstück Dril.-Nr. 39, sowie des Konditors Max Martini in Großböhndorf um Erlaubnis zum Ausschank von Kaffee, Schokolade, Kakao, Tee und alkoholfreien Getränken im Grundstück Dril.-Nr. 253 E für Großböhndorf wurden genehmigt. Den Vorschlägen der Amtshauptmannschaft über die Wahl von Sachverständigen für die Bezirksabrechnungsausschüsse (staatliche Schlachtviehverrechnung betreffend) wurde zugestimmt. Ferner fand eine eingehende Aussprache statt über die Maßnahmen gegen Wucher und Schleichhandel sowie über die Durchführung und Wirkung der Reichsverordnung über die Lieferungsprämien für Brogetreide, Getriebe und Kartoffeln. Ueber einige Anträge auf Kriegswochenhilfe wurde entsprechende Entschlieung gefaßt. In Vertrauensmännern für die Ausschüsse zur Wahl der Schöffen und Geschworenen auf das Jahr 1921 wurde die erforderliche Anzahl von Personen vorgeschlagen. Der Rekurs der Emilie verw. Witschel in Höckendorf gegen ihre Heranziehung zur Verjüngungssteuer in der Gemeinde Schmorkau wurde als unzulässig zurückgewiesen. Der Beitritt des Bezirks zum Vereine zur Förderung der Deutschen Zentralbücherei für Blinde in Leipzig wurde mit einem Jahresbeitrag von 20 M. beschlossen. Aus dem Stammbuch des Bezirksverbandes sollen der Reichsbank 30 000 Mark 3/4prozentige Laufzins Pfandbriefe für Maßnahmen zur Verbesserung der Valuta leihweise überlassen werden. Sodann nahm der Bezirksausschuss Kenntnis von der Schlussabrechnung der Bezirkskasse auf das Rechnungsjahr 1918, die von einem vereidigten Bücherrevisor sowie den beiden von der Bezirksversammlung bestellten Rechnungsprüfern geprüft worden war. Sie soll der möglichst bald einzuberufenden Bezirksversammlung zur Richtspruchung vorgelegt werden. Der Haushaltsplan des Bezirksverbandes auf das 1. Vierteljahr 1920 wurde durchberaten und soll ebenfalls dem Bezirksrat zur Genehmigung vorgelegt werden. Der Bezirksausschuss beschloß einstimmig, von der Schaffung eines vom Gewerkschaftskartell Kamenz in Anregung gebrachten Beirates für den Kommunalverband abzusehen. Weiter wurde die Wahl von Beisitzern für das Mieteinigungsamt Bezirk Königsbrück vorgenommen. Alsdann fand eine Aussprache über den Bezirksarbeitsnachweis statt, in der eine Erhöhung des Beitrags der Stadt Kamenz beschlossen wurde. Die Gemeinden sollen erneut auf die Anordnung des Reichswirtschaftsministeriums von 1919 über die Genehmigung zum Uebergang an der Landwirtschaft in die Industrie im Hinblick auf die gefährdete Volksernährung hingewiesen werden.

Königsbrück. (Geheimnisvoller Besuch.) Am 12. d. M., abends gegen 8 Uhr, ist in der Wohnung der hier Töpfermarkt Nr. 147 wohnenden verw. Kirchner ein Unbekannter, welcher eine braune Larve angelegt hatte, eingedrungen und hat dort der 25 Jahre alten Tochter der verw. Kirchner einen Revolver vorgehalten, als wenn er auf sie schießen wolle. Nach einigen Minuten hat der Täter die Wohnung wieder verlassen mit dem Bemerkten, daß er nur Spaß gemacht habe. Die beiden Frauenpersonen sind begreiflicherweise über den Eindringling sehr erschrocken. Was der Täter für Absichten gehabt

hat, ist noch unbekannt. Es ist anzunehmen, daß er einen Raubüberfall geplant, sich aber nicht sicher gefühlt hat.

Lautitz. (Diebstähle.) In der Nacht vom Mittwoch zum Donnerstag voriger Woche haben Diebe hier drei verschiedene Einbrüche ausgeführt. Bei Gutsbesitzer Karl Richter (Nr. 42) ist ein starker Handwagen gestohlen worden; sodann bei Gutsbes. Aug. Ehrlich (Nr. 43) sind Korn, Kartoffeln und Äpfel gestohlen worden; bei Gutsbes. Thronide (Nr. 45) ist die verschlossene Scheune aufgebrochen worden; hier ist von den Dieben Beute nicht gemacht worden. Nutmaßlich ist die Diebesbeute auf dem gestohlenen Handwagen nach auswärts geschafft worden. Wahrnehmungen, welche über Verbleib des gestohlenen Wagens und der Beute einen Anhalt bieten und zur Ermittlung der Diebe führen können, wolle man der nächsten Ortsbehörde oder Gendarmerie-Station anzeigen.

Radeberg. (Das hiesige Feuerwerkslaboratorium) wird seine 2500 Arbeiter auch weiter beschäftigen. Es sollen neue Fabrikationsarten vor allem der Bau von Zentrifugen und Telephonapparaten eingeführt und eine Gießerei eingerichtet werden. Ferner ist d. Vorarbeiten zur Lederfabrikation im Gange.

Dresden, 15. Januar (Selbstmord.) Gestern vormittag gegen 11 Uhr stürzte sich ein in der Mathildenstraße wohnhafter 65 Jahre alter Schriftsetzer und Verbandskassierer Sieinbrück aus dem 4. Stock des Stadthauses Eliasplatz 5, auf das Pflaster hinab, wo er tot liegen blieb. — (Erwerbslosenfürsorge.) Der Rat hat für die Erwerbslosenfürsorge ein weiteres Berechnungsgeld von 2 Millionen Mark bewilligt. Aus städtischen Mitteln sind damit im ganzen für die Erwerbslosenfürsorge 8 Millionen Mark bewilligt. Der Gesamtaufwand im Stadtbereich beträgt bis Ende Dezember über 34 Millionen Mark.

Sächsische Volkshammer.

Dresden, 15. Jan. Antrag des Abg. Schmidt, Freiberg, auf Abbau der Zwangswirtschaft steht zuerst auf der Tagesordnung. Namens des Gesetzgebungsausschusses beantragt der Berichterstatter der Minderheit, Abg. Rammelsberg (Deutschnlt.) baldigen Abbau der Zwangswirtschaft in der Volkswirtschaft, Aushebung der Kriegsgesellschaften usw. Abg. Deimhardt (Unabh.) beantragt demgegenüber als Berichterstatter der Mehrheit Steigerung der Produktion aller wichtigen Lebensmittel und Erhaltung der Erzeugnisse an der Produktionsquelle; Vorgehensrichtlinien des Großgrundbesitzes, Ausschaltung des Zwischenhandels usw. Abg. Felsch (Soz.) begründet darauf die sozialdemokratischen Interpellationen über den Stand der Kartoffellieferung, Abgabe eines Schweineviertels bei Hauschlachtungen und den Antrag auf Schaffung eines parlamentarischen Beirates zur Mitwirkung bei Fragen der Lebensmittelversorgung. Vizepräsident Lipinski begründet den Mehrheitsantrag Lipinski: Wir wollen an Stelle der privatkapitalistischen Wirtschaft die Vorgehensrichtlinien des ländlichen Großgrundbesitzes setzen und die genossenschaftliche Zusammenfassung der kleinen Landwirtebetriebe. Wirtschaftsminister Schwarz: Die Preisfrage spielt überall die Hauptrolle. Nächst die Streikfrage, dann sind wir in drei Tagen erledigt. Sicher ist, daß wir überhaupt nicht mit den Lebensmitteln reichen. Die schwersten Tage stehen uns im Juni, Juli und August bevor. Ohne ausländische Lebensmittel kommen wir nicht aus. Das Wichtigste ist, daß wir die vorhandenen Lebensmittel restlos erfassen und gerecht verteilen. Das Gefährlichste an den heutigen Streiks ist, daß man wirtschaftliche Forderungen mit politischen Vämen verknüpft. Mit der Einberufung eines parlamentarischen Beirates sind wir einverstanden. Ministerialdirektor Dr. v. Hübel: Die Fleischversorgung ist für die nächsten Monate sichergestellt. Außerdem setzen die amerikanischen Fleischsendungen demnächst ein. Mit der Brotversorgung kommen wir bis zum Frühjahr aus. In der Fettversorgung stehen wir günstiger als im Vorjahr da. Nachdem noch ein Vertreter der Demokraten, der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei gesprochen haben, wird die Sitzung abgebrochen. Nächste Sitzung Freitag, vormittag 1/10 Uhr: Fortsetzung der Lebensmittelbesprechungen. Gesetz über Amnestierlaß und Abänderung des Kohlengesetzes.

Stimmungsbild aus Berlin und dem Reichstag.

Berlin, 14. Januar. Die Verhängung des Ausnahmezustandes hat, wie der Augenschein zeigt, nach den blutigen Ereignissen am Dienstag der Reichshauptstadt völlige Ruhe gebracht. Die Arbeitererschaft scheint, soweit sich feststellen läßt, der Aufforderung der Unabhängigen gefolgt zu sein und sich in den Betrieben wieder eingefunden zu haben. Inwiefern jedoch die Arbeit im Gange ist, kann noch nicht gesagt werden. Die roten Aufrufschläge der Mehrheitssozialisten, Bezirksorganisation Groß-Berlin, worin von den Blutopfern der Diktatur gesprochen und der von den Unabhängigen und Kommunisten geplante Generalstreik auf das schärfste verurteilt wird, konnten nur in den ersten Morgenstunden ihren Zweck erfüllen, da sie später an fast allen Stellen abgerissen wurden. Das Reglerungsdierekt in der Wilhelmstraße ist durch Drahtverhänge und starke Postenreihen der Sicherheitspolizei äußerst streng abgeperrt, ebenso der das Reichstagsgebäude umgebende Teil des Tiergartens. Im Reichstag selbst ist von einer besonderen Erregung nach dem blutigen Tage wenig zu spüren. Kurz vor Beginn der Sitzung war nur ein kleiner Teil der Abgeordneten im Hause anwesend und die große Wandelhalle bietet daselbst ruhige Bild wie an anderen, gewöhnlichen Tagen. Außer dem Reichstagsler Bauer ist noch eine Reihe von Ministern erschienen.

Zu Beginn der stark besuchten Reichstagsitzung ergriff Reichstagsler Bauer zu einer Erklärung über die getrigen Vorgänge das Wort. Der traurige Ruhm, diese Vorgänge veranlaßt zu haben, fällt der unabhängigen Sozialdemokratie zur Last. (Großer Lärm bei den Unabhängigen. Der Präsident verliert unter fortwährendem Gebrauch der Glocke die Ruhe wiederherzustellen.) Die Unabhängigen haben den Antiparlamentarismus zwar theoretisch abgelehnt, haben ihn jedoch praktisch besträtigt. (Fortwährende Zwischenrufe der Unabhängigen, unter denen man besonders häufig die Stimme der Frau Zieh hört.) Zum zweiten Male ist ein deutsches Parlament unter die Diktatur der Straße geraten, erst in München, dann in Berlin. Diese Schande verbannt die Deutsche Republik nur den Unabhängigen. (Großer, anwahnender Lärm.) Allein auf die Unabhängigen fällt das Blut der an und verführten Opfer. Die Unabhängigen werden die Flecken nicht abwischen können, die auf ihnen haften. Das Rätsmal steht ihnen unauflöslich auf der



Stirn. Um des Ehrgeizes einzelner Führer willen haben sie Unschuldige in den Tod arbeits.

Der Kanzler verlas eine Reihe von Erklärungen und Aufzählungen der unabhängigen und kommunistischen Presse, welche gegen das Betriebsrätegesetz die Unzufriedenheit bekunden. Die Erklärung lautet, dass, wenn die Massen in Bewegung gesetzt werden, die Regierung nicht unermesslich ist. Bis zur letzten Minute haben die Beamten den Befehl befolgt, nur im äußersten Notfall von der Waffe Gebrauch zu machen.

Die Streikbewegung hat einen Toten und einen Vermissten zu beklagen. Wir gedenken dem Toten mit Dank, der im Dienste der Demokratie gefallen ist. Auf der anderen Seite sind 20 Tote und 53 bis 60 Verwundete zu beklagen. Auch über die Verurteilung und Hinrichtung und hoffen, daß sie nicht noch sonst geschehen sind.

Die Gemeingefährlichkeit der Partei, welche die Diktatur einer Minderheit auf ihre Fahnen geschrieben hat, wird der Masse des Volkes allmählich immer mehr zum Bewusstsein kommen. Wir stehen fest vor dem Kollaps eines ganzen wirtschaftlichen und nationalen Lebens. Dieser Tage haben überall politische Konferenzen der Unabhängigen und Kommunisten stattgefunden, um die Zusammenführung des Betriebsrätegesetzes durchzuführen.

Der Kanzler geht dann im Einzelnen auf die Folgen ein, die eine derartige Sabotage nach sich ziehen wird und weist insbesondere auf das Ansehen der Arbeiterschaft und der Ernährung der Bevölkerung sowie auf die Vergrößerung der Gefangenenanzahl hin, welche unausweichlich sein müßten. Die Regierung ist sich der Verantwortung bewußt, die sie der Gesamtheit des Volkes gegenüber trägt. (Bravo) Sie kann nicht auf eine Minderheit Rücksicht nehmen, welche tollwütig eine: das Leben der Nation auf dem Spiel setzt. Wir werden der Unterzeichnung des Parlamentes und des ganzen Volkes sicher sein, wenn wir mit scharfen Maßnahmen vorgehen und diejenigen Blätter in der Öffentlichkeit und diejenigen Führer hinter Schloss und Riegel setzen, die unser Volk in den Abgrund bringen wollen. (Beifall es Bravo bei der Mehrheit und anwesenden des Zuges bei den Unabhängigen.) Das Haus geht dann die Beratungen des Betriebsrätegesetzes fort, wobei zunächst der durch die Vorgänge unterbrochene Bericht erstattet, zum Wort kommt.

Zu tumultuariösen Szenen kam es später, als der preussische Minister des Innern, Heine, auf eine Anfrage des Abg. Dente (Unabh.) eine Darstellung der Vorgänge vom Dienstag gab. Die Bemerkungen erreichten den Höhepunkt, als der Minister des Innern feststellte, daß in dem freisinnigen Augenblick, als die verwundeten Sicherheitsbedenken vom Königsplatz ins Portal 2 zurückkehrten, die Unabhängigen Abg. Zubeil und Frau Biez der nachdrücklichen Menge zuminken und ihnen zuriefen: „Das Reichstagsgebäude gehört dem Volke, nicht der Sicherheitspolizei. Ihr wisst was ihr zu tun habt.“ Es war, fuhr der Minister fort, eine Frage von Sekunden, wenn in diesem Augenblick die Truppen nicht das Feuer eröffnet hätten, so wäre die Sicherheitswehr überwältigt worden. (Die Unabhängigen begleiteten diese für sie allerdings unangenehme Feststellung des Ministers mit fortwährendem Lärm.) Der Minister erklärte zum Schluß, daß er die Verantwortung dafür übernehme, daß nicht schon früher geschossen worden sei, obwohl es ihm leid tue, daß dadurch eine so große Zahl von aufopferungsvollen Beamten schwere Verletzungen davontrug. Der Minister erklärte, daß er jetzt für die Sicherheit der Nationalversammlung garantiere.

1. Parteitag der sächsischen Deutschnationalen. (Fortsetzung.)

Ueber die Tätigkeit der deutschnationalen Fraktion in der Nationalversammlung sprach Oberlehrer Dr. Billup-Borna. Er schilderte, wie die Fraktion insolge der zusehenden Tätigkeit der heutigen Regierung in die Opposition gedrängt worden ist, wie die Mehrheit es in rücksichtsloser Weise verstanden hat, zu verhindern, daß der weitaus größte Teil der von der deutschnationalen Fraktion gestellten 40 Initiativentwürfe überhaupt auf die Tagesordnung gekommen sind. Mit der Deutschen Volkspartei arbeite die Fraktion freundschaftlich zusammen und sie hoffe, daß dieses freundschaftliche Verhältnis nicht durch die andere Partei selbst gestört werde. Redner beleuchtete dann die bekannte Stellung der Fraktion zu den von der Nationalversammlung verabschiedeten Vorlagen und bezeichnete unter stürmischer Zustimmung der Versammlung die Revolution als einen vorübergehenden Zustand, als einen Zustand gestörter Verhältnisse.

Ueber unsere Zukunftsaufgaben sprach der Vorsitzende der deutschen Gesamtpartei, Staatsminister o. N. Herat. Er gab seiner Freude darüber Ausdruck, daß ihm außerhalb Preußens einmal Gelegenheit gegeben war, den ausgesprochen liberalistischen Charakter der deutschnationalen Volkspartei zu betonen. Nur eine entschlossene Politik, gemacht von entschlossenen Männern, könne uns wieder aus dem Sumpfe herausführen. Eine solche Mehrheit, wie sie heute in der Regierung besteht, sei von vornherein dazu verurteilt zu verfallen, weil in ihr nicht ein einziger Gemeinheitsgedanke vorhanden ist. Nur wenn der nationale Gedanke einmal Gemeinheitsgedanke sein könnte, dann wäre für seine Partei eine Beteiligung an der Regierung möglich. Zur Frage der Monarchie erklärte Redner, daß die Partei die Zeit abwartet in dem Bewußtsein, daß der Tag komme, an dem sich das deutsche Volk wieder zur Monarchie bekenne und sich den Monarchen holt, der seinen Wünschen entspreche. Man wolle aber niemand einen Monarchen aufzwingen.

Das geschäftsführende Vorstandsmitglied Frische begründete darauf noch drei Entschlüsse, die von der Versammlung einstimmig angenommen wurden und in denen es u. a. heißt:

Die Versammlung erblickt in dem Weiterbestehen der Zwangswirtschaft eine der Hauptursachen für den Verfall der Produktion von allen Gütern der Landwirtschaft und Industrie; die riesig anschwellende Teuerung und die dadurch hervorgerufene, unerträgliche Lebenshaltung des gesamten Volkes ist in erster Linie auf diesen fundamentalen Irrtum einer ungeordneten Wirtschaftslehre zurückzuführen. Wir fordern freie Binnenwirtschaft bei schärfster Überwachung aller Warenansuhr und allen Warenwüchens, sowie des Schiebertums. Alle Sozialisierungspläne gegenüber Handel, Gewerbe, Industrie und Landwirtschaft sind nur verfehlte Formen einer noch unheilvolleren Zwangswirtschaft und werden von uns aus den gleichen Gründen mit aller Latkraft bekämpft. Wir fordern sofortige, freie und unabhängige Befähigung unseres gesamten Volkes auf allen seinen wirtschaftlichen Gebieten. Die unverantwortliche Herstellung immer neuer Milliarden ungedeckten Papiergeldes ist der größte Volksverru und muß zum Staatsbankrott führen. Wir verurteilen die viel zu

überhastete und ganz planlose Steuerpolitik des Reiches, die teilweise zugunsten des Verbandes ist, sind zu weitgehenden Opfern aus dem Ertrage von Einkommen und aus Besitzt bereit, wenn wir damit die notwendigen Bedürfnisse des Reiches befriedigen und unsere Verpflichtungen abfüßen können. Das Reichsnotopfer mit seiner langfristigen Erfüllung ist eine Utopie der Steuerpolitik — die Umschärfung der schlimmsten Härte für den kleinen Mann.

Die zweite Entschlüsselung lautet: Die Deutschnationale Volkspartei fordert, daß der konfessionelle Religionsunterricht als wesentlicher Unterrichtsgegenstand in der Volksschule erhalten bleibe und daß das sächsische Übergangsschulgesetz in Uebereinstimmung mit der Reichsverfassung gebracht werde, daß insbesondere auch § 9, Absatz 4 des Übergangsschulgesetzes betreffend die Wiederwahl der gegenwärtig amtierenden Direktoren nach drei Jahren aufgehoben und das Beamtenrecht gewahrt werde.

In der dritten Entschlüsselung heißt es: Die Mitglieder der Deutschnationalen Volkspartei (Landesverband Sachsen) richten an die Reichsregierung und an die Nationalversammlung die Aufforderung, unverzüglich Neuwahlen für den Reichstag auszusprechen. Die am 19. Januar 1919 gewählte Nationalversammlung entspricht, wie alle in der Zwischenzeit vorgenommenen Wahlen bewiesen haben, nach keiner Richtung mehr den derzeitigen Anschauungen des deutschen Volkes.

In seinem Schlusswort betonte Abgeordneter Lehlig, daß mit der Ratifikation des Friedens eine schwere Zeit beginne, in der allen Deutschen die deutschen Ideale: Bismarck und Hindenburg voranzutreiben müßten. Er schloß mit einem dreifachen Hoch auf ein neues, besseres Deutschland. Mit dem Segen von Deutschland, Deutschland über alles, ging der Parteitag auseinander.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

(Die neuen Betriebsräte wahlen.) Von zuverlässiger Seite erfährt unser Berliner Vertreter, wie ich höre, erscheint es noch sehr zweifelhaft, ob die neuen nach Verabschiedung des Betriebsrätegesetzes fälligen Betriebsräte wahlen noch im Monat Januar stattfinden, wie behauptet worden ist. Die Durchführung der Wahlen im Reich ist überhaupt noch nicht geregelt und kann auch in einem so kurzen Zeitraum nicht erfolgen. Es steht heute schon fest, daß als Wahltermin im Reich nicht ein einheitlicher Tag in Frage kommt, sondern vielmehr eine Verteilung der Wahltermine auf das ganze Reich erfolgen wird. Allerdings werden die Zwischenräume von Termin zu Termin nur sehr klein bemessen sein.

(Ernsthafte Streikgefahren.) Von unserem Berliner Vertreter wird uns geschrieben: Wie ich von informierter Seite erfahre, hat die Streikkrise im Westen einen sehr ernsthaften Charakter angenommen und zwar deswegen, weil wegen der Erhöhung der Lebensmittelpreise die Bewegung auf andere Industriezweige und vor allen Dingen bei der großstädtischen Arbeiterschaft überzugreifen droht. In amtlichen Stellen glaubt man nicht, daß die Streikbewegung von politischen Drahtziehern zu gewalttätigen Umwälzungen systematisch ausgenutzt wird, aber man befürchtet, daß die radikalen Elemente in der Streikatomosphäre viele Gelegenheiten zur Betätigung ihrer verberberischen Agitation suchen und finden werden. Die Regierung will beschleunigte Maßnahmen ergreifen, um einer drohenden Ausbreitung der Streikbewegung entgegen zu wirken.

Berlin, 16. Januar. (Keine neue Verkehrs-sperre.) Zu den neu aufgetauchten Meldungen über eine unmittelbar bevorstehende Personen- und Güterverkehrsperre erklärt das „Berl. Tagebl.“ an zuständiger Stelle: Es ist in letzter Zeit wiederholt darauf hingewiesen worden, daß eine neue Verkehrsperre vorläufig weder vorbereitet noch geplant ist. Man hofft im Gegenteil eine neue derartige starke Belastung des Wirtschaftslebens auch in den nächsten Monaten vermeiden zu können. Tatsächlich verfügen nach dem augenblicklichen Stand der preussisch-hessischen Staatsbahnen über einen Dienstlohlenvorrat von durchschnittlich 10,7 Tagen einen wesentlich höheren Reservestand als in den letzten Monaten des Vorjahres, wo oft nur für 5 oder 6 Tage Kohlen vorhanden waren.

Berlin, 15. Januar. (Der Haushalts-ausschuß der Nationalversammlung) beschloß bei der heutigen Beratung der Erhöhung der Teuerungszulagen der Beamten um 150 %, diese Angelegenheit vor die Vollversammlung zu bringen. Dieser wird daher ein besonderer Gesetzentwurf zugehen, der bereits morgen verabschiedet werden soll.

Berlin, 16. Januar. (Ansetzung eines Waffenlagers der Kommunisten in Berlin.) In der Nacht zum Donnerstag wurde ein ganzes Waffendepot der Kommunisten ausgehoben. Auf dem Landbengelände in der Döbener Straße 32 wurden 4 schwere und 2 leichte Maschinengewehre, 112 Infanteriegewehre Modell 98 und 2 Riflen mit Munition ausgegraben. Die Sicherheitspolizei vermutet, daß noch mehrere solcher geheimen Waffenlager bestehen und ist eifrig dabei, ihnen auf die Spur zu kommen.

Berlin, 16. Jan. (Verbot von Versammlungen in Berlin.) Reichswehrminister Noske hat folgende Verordnung erlassen: Auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten vom 18. Januar 1920 verbiete ich bis auf weiteres alle von der kommunistischen und unabhängigen Sozialdemokratischen Partei veranstalteten sogenannten Gedenkfeiern. Ferner verbiete ich die vom Arbeiterrat der Arbeitslosen Großberlins, der Zentrale der kommunistischen Partei und der Unabhängigen Partei Deutschlands, Bezirk

Berlin, einberufenen Arbeitslosenversammlungen am Freitag, den 16. Januar und die für Freitag, den 23. Januar 7 Uhr abends in den Germania-Sälen, Chausseestraße 110 von der Freien Vereinigung der Verkehrsarbeiter Großberlins einberufene Versammlung „Die Notlage der Verkehrsarbeiter.“

Bremen, 16. Januar. (Gedenkfeiern in Bremen.) Aus Anlaß des Todestages Diebnechts und Rosa Luxemburgs verließen gestern die Arbeiter, in erster Linie Kommunisten und Sozialdemokraten, gegen 2 Uhr die Betriebe und bildeten einen geschlossenen Zug von mehreren tausend Personen, der sich gegen 4 Uhr durch die Stadt bewegte. Die Polizei beschränkte sich darauf, den Straßenbahnverkehr und sonstigen Verkehr neben dem Demonstrationenzug aufrecht zu erhalten. Zu irgend welchen Zusammenstößen scheint es nicht gekommen zu sein.

Amerika.

(Amerikas Hilfe für Europa) Das englische Handelsamt veröffentlicht eine Mitteilung über den Handel mit Deutschland und den anderen feindlichen Mächten. Es sollen Zentralstellen zur Regelung und Verteilung der deutschen Schulden und Guthaben errichtet werden. Ohne Zustimmung des Ministers des Innern dürfen Deutsche sich nicht in England aufhalten, nur aus besonderen Gründen wird eine Aufenthaltserlaubnis für 3 Monate erteilt; sie kann jedoch um den gleichen Zeitraum verlängert werden. Die Namen aller Deutschen, denen der Aufenthalt in England gestattet ist, werden allmählich in der Londoner Gazette veröffentlicht. Der amerikanische Ausschuss für den Handel mit dem Ausland meldet in einem amtlichen Bericht: Wenn Europa keine Nahrungsmittel und Rohmaterialien erhält, wird es sowohl wirtschaftlich als auch industriell und politisch in äußerster Schwierigkeiten geraten. Europa muß Waren aus Amerika beziehen können und braucht dazu amerikanische Arbeit. Die amerikanische Regierung wolle Europa auf indirektem Wege durch Vermittlung von Selbsthilfsvereinen helfen, damit die Vereinigten Staaten nicht die alleinigen Geldgeber seien. Sie wollten eventuell zusammen mit anderen Großmächten eine Anleihe herausbringen. Die auf diese Weise erzielten Gelder sollten jedoch nur für industrielle Zwecke verbraucht werden dürfen und nicht etwa für den Verbrauch durch die Regierung zur Verfügung gestellt werden.

Hochwasser.

Das Hochwasser der Elbe hatte heute früh 9 Uhr den Stand von 4,12 Mtr. erreicht und ist noch im langsamen Steigen begriffen. Stündlich steigt es jetzt noch etwa 2 cm gegenüber bisher 6 cm.

Schandau, 15. Januar. Die Elbe überschwemmt die Gärten und Wege der Elbhotels und steht bereits nahe am Marktplatz.

Wien, 15. Januar. (Hochwasser in Wien.) Das Hochwasser steigt, wenn auch langsamer als bisher, noch fortgesetzt und hat mit einem Pegelstand von 8,66 Meter den Höchststand des letzten Hochwassers bereits überschritten. In den großen Industriebasen bedingt sich das über die Ufer getretene Wasser immer weiter aus und droht die großen Mühlenwerke und übrigen industriellen Betriebe still zu legen. Das schmutzige gelbe Wasser nimmt einen reißenden Lauf, und die mitgeführten Gegenstände deuten auf das Uebel hin, das schon angerichtet wurde. Ein englisches Pionierkommando steht bereit, um in besonderen Notfällen einzugreifen. In einigen Stadtteilen werden die Schulen geräumt, in denen die durch die Flut aus ihren Wohnungen verdrängten Bürger Unterschlupf finden können. Ein reger Nachverkehr hat eingesetzt, um die Bevölkerung der Häuser, die im Wasser stehen, zu ihrer werklätigen Beschäftigung abzuholen. Besorgniserregende Meldungen kommen vom Oberrhein. In einzelnen Dörfern hat das Hochwasser verheerend gehaukt. Die Rheinfelsen sind alle überflutet. Ihre Bewohner konnten erst im letzten Augenblick nur das nackte Leben retten. Ganz besonders stark ist das Hochwasser im Rhein- und Lahntal, wo zahlreiche Dörfer völlig unter Wasser stehen und von jedem Verkehr abgeschnitten sind. Auch Menschenleben sind zu beklagen.

Düsseldorf, 15. Januar. (Das Hochwasser des Rheins) steigt andauernd. Der Pegel zeigte mittags 8,44 Meter, einen Stand, der seit 1882 nicht mehr erreicht worden ist und den vom 1. Januar beim letzten Hochwasser erreichten Höchststand um 38 Ztm. überschreitet. Die Ufermauern ragen nur noch einen halben Meter über den Wasserspiegel hinaus. Bei weiterem Steigen ist ein Überfluten der Altstadt zu befürchten. Der Rhein treibt eine Unmenge von Schwemmgut, anscheinend aus dem Neuwieder Becken abgospült, mit sich.

Zu den Unruhen vor dem Reichstagsgebäude.

Berlin, 15. Januar. (Verhaftung von Führern der Bewegung.) Als Folge der gestrigen Unruhen vor dem Reichstagsgebäude sind bisher 15 Verhaftungen von Danten vorgenommen worden, die einwandfrei als Mitführer der Bewegung erkannt



worben sind. Weitere Verhaftungen dürften bevorstehen, sobald die Untersuchung der Vorgänge, die vom preussischen Minister des Innern Heine mit Staatsanwalt Zumbach vorgenommen wird, ergeben hat, welche Personen an der Auspflanzung der Menge noch beteiligt waren.

Berlin, 15. Januar. (Die vermischten Sicherheitsbeamten.) Während der eine der beiden vermischten Sicherheitsbeamten den Tod gefunden hat, ist der andere, der Unterwachtmeister Weg von der Gruppe Süd mit dem Leben davon gekommen. Der Beamte wurde an der Freitreppe des Reichstages von halbwüchsigen Burschen, die Matrosenuniform trugen, und einem Mann, der ein Ausländer zu sein schien, entworfen und fortgeschleppt. Die Burschen bedrohten den Polizisten mit Dolchen und erklärten ihm, daß sie ihn niederstrecken würden, wenn er zu fliehen versuchte. Weg wurde nach Moabit in einen Keller verschleppt, wo man den Beamten buchstäblich bis aufs letzte ausplünderte und dann sehr notdürftig bekleidet nachts laufen ließ.

Die gegenwärtige Streiklage.

Von unserem Berliner Vertreter wird uns geschrieben: Wie ich erfahre, sind die Nachrichten über eine Verschlimmerung der Streiklage im Reich weit übertrieben. Im Gegenteil macht sich im Westen ein Abflauen der Streikbewegung bemerkbar. In Sachsen hat sich die Lage bisher noch nicht verschlimmert, aber man rechnet mit einer bevorstehenden Ausbreitung der Streikbewegung. Indessen dürften Sicherheitsmaßnahmen einen gefährlichen Charakter der Bewegung ausschließen.

Chemnitz, 15. Januar. Die Arbeiter in den Eisenbahnwerkstätten sind hier in den Streik getreten.

Düsseldorf, 15. Januar. Die streikenden Telegraphenarbeiter haben heute beschlossen, in Anbetracht der politischen und wirtschaftlichen Lage den Ausstand abubrechen. Der Zivilkommissar sicherte zu, daß er für die Erfüllung der Forderungen der Telegraphenarbeiter bei der Postverwaltung eintreten werde.

Münster, 15. Januar. An zuständiger Stelle liegen Nachrichten vor, nach denen in Essen, Dortmund und Hamm die unabhängige und kommunistische Streikleitung, die zur Fortsetzung des Streiks aufforderte und die Betriebsabstimmung über die Wiederaufnahme der Arbeit verhindern wollte, aufgehoben und verhaftet wurde.

Essen, 15. Januar. Seit gestern früh kann der Eisenbahnerstreik im Essener Direktionsbezirk als beendet gelten. Die Arbeit wurde im Laufe des Tages überall wieder aufgenommen. Die Gewerkschaften haben die Leitung in die Hände genommen und führen die Verhandlungen zu Ende. Der Streik wird nur noch in Duisburg, Mülheim und Bochum, sowie in einigen kleineren Bahnhöfen fortgesetzt. — Der Streik der Bergarbeiter auf den Zecken „Friedrich Thyssen“, „Diegarda“ und „Neumühl“ hält an.

Voraussichtliche Witterung.

Sonnabend: Ziemlich trüb, milder, starker Wind zeitweise Regen. — Sonntag: Wolkelig bis trüb, zeitweise aufheiternd, gelinde, windig, Niederschläge. — Montag: Zunächst ziemlich heiter, meist trocken, Nachtfrost, Tag gelinde.

Neueste Meldungen.

Frankfurt, 16. Januar. (Ruhe im Frankfurter Bezirk.) Generalleutnant v. Stolzmann gibt bekannt, daß ihm die vollziehende Gewalt im Bereich des Reichswehrkommandos 11 übertragen worden ist. Regierungskommissar wurde Oberpräsident Dr. Schwander. Auf Grund der bisherigen Ruhe wird mit Zustimmung des Regierungskommissars zunächst von einschränkenden Bestimmungen abgesehen.

Frankfurt, 16. Jan. (Hochwassernachrichten.) Im Laufe des gestrigen Nachmittags ist das Hochwasser des Main wieder in der Altstadt vorgebrochen. Im Abend bespülte der Main am Römerberg die Nikolaikirche. Am Dom ist die Flut bereits an das Weinwandhaus herangekommen. Der Höchststand ist noch nicht erreicht. Große Wassermengen sind noch vom Oberlauf zu erwarten. Man kann annehmen, daß der Main in Frankfurt noch bis Sonnabend langsam weiter steigen wird, wenigstens noch bis 6,50 Meter. Um 9 Uhr abends zeigte der Pegel einen Wasserstand von 6,16 Meter.

Hanau, 16. Januar. Die Stadt Hanau wird von der diesmaligen Hochwasserkatastrophe besonders schwer heimgesucht. Seit vorgestern liegen ganze Stadtviertel teils einen halben Meter unter Wasser, sodaß der Verkehr in den Straßen durch Boote aufrecht erhalten werden muß. Der Vorort Kesselstadt ist gänzlich von der Stadt abgeschnitten.

Köln, 16. Januar. Das Hochwasser des Rheins hat in Köln die Höhe von 9,23 Metern erreicht und nähert sich dem Höchstbestand des 19. Jahrhunderts, der am 29. November 1881 mit 9,52 Metern festgestellt wurde. Der Verladebetrieb ruht fast vollständig. Die aus dem südlichen Stromgebiet vorliegenden Nachrichten lassen befürchten, daß die Flut noch weiter steigen wird.

Essen, 16. Januar. (Teilstreiks.) Trotz des Beschlusses der Streikleitung, den Ausstand zu beenden, haben immer noch einzelne Gruppen von Arbeitern des Direktionsbezirks Essen die Arbeit nicht wieder aufgenommen. Der Sitz von kommunistischer und unabhängiger Seite geleiteten Widerstandes ist vor allem Duisburg und Langendreer.

Kirchen-Nachrichten.

Pulsnig.

- Freitag, den 16. Januar:
- 8 Uhr Verein für die kirchliche Versorgung Vortrag für Bickelsberg in der weißen Ente: Kann ich noch an Gott glauben?
- Sonntag, den 18. Januar, 2. nach der Erscheinung:
- 1/9 Uhr Abendmahl
 - 9 Uhr Predigtgottesdienst (Psalm 8) Pastor Walbe.
 - Lieder: Nr. 434, 290, 280, 103.
 - Spruch: Nr. 78.
 - 1/2 Jugendgottesdienst für die konfirmierte weibliche Jugend der Parochie im Konfirmandenzimmer Pfarrerschule.
 - 8 Uhr Bibelstunde in landeskirchlicher Gemeinschaft.
 - 1/3 Tauf.
 - 7 Junglingsverein: Freundschaftsfest mit dem Dhorner Bruderverein.
 - 1/7 Jungmännerverein Dhorn besucht den Bruderverein Pulsnig. Abmarsch vom Helm. Führung: Mager.

Hotel Schützenhaus.

Sonnabend, den 17. Januar, abends 1/2 8 Uhr auf vielseitiges Verlangen nochmalige Aufführung:

Des Geigers Holmkohr

oder: Die Lieder des Musikanten. Volksstück mit Gesang in 6 Aufzügen von R. Kneisel. — Leitung: Herr O. Sterneck.

Preise: Num Platz 3.— M.; 1. Platz 2.50; 2. Platz 1.50 M (einschl. Steuer). Vorverkauf im Hotel Schützenhaus und bei den Herren Friseur Schuster und Uhrmacher Hennig. (Numerierter Platz nur im Hotel Schützenhaus)

Der Reinertrag fließt der Unterstützungskasse f. Schwerverkriebsbeschädigte u. Hinterbliebene zu. Zu dieser Aufführung ladet ganz ergebenst ein

Reichsbund der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Hinterbliebene, Ortsgruppe Pulsnitz.

Schützenhaus.

Sonntag, 18. Januar, von 4 Uhr an

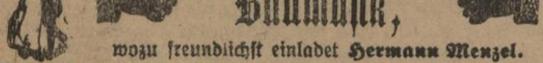


feiner Ball

Um gütigen Besuch bittet hochachtungsvoll Alwin Höntsch.

Gasthof Pulsnig M. S.

Sonntag, den 18. Januar, von 4 Uhr an



Ballmusik,

wozu freundlichst einladet Hermann Menzel.

Hotel Schützenhaus, Pulsnitz.

Dienstag, den 20. Januar, abends pünktlich 1/2 8 Uhr

Bunter Künstler-Abend

Gastspiel des Solotänzerpaares der Sächs. Landesoper: Frl. Susanne Dombois und Herr Walter Kreideweiß

unter Mitwirkung von Fräulein Hanna Senfeld, Konzertsängerin und Fräulein Maria Dunik, Klaviervirtuosin.

Preise der Plätze:

1. Platz 3 M, 2. Platz 2 M, 3. Platz 1 M, Galerie 75 Pfg. Vorverkauf bei den Herren Herberg und Schuster, sowie Schützenhaus.

Sächsischer Hof, Pulsnitz.



Letzte Spieltage vom großen Preis-Skat

Sonnabend u. Sonntag An beiden Tagen Anfang 4 Uhr.

Dierzu ladet freundlichst ein Otto Mägel.

Maallplatten.

abgespielt, auch zerbrochen, kauft kg 10 M.

R. Berndt, Pulsnig Schlegelstraße 227.

Torf

(trocken und markentfrei), empfiehlt ab Lager

Herm. Herzog, Bahnhof Bischoheim.

Wer kann für 1 Pferd regelmäßig

Häckselliefere?

Angebote erbitten unter A. 15 an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Gummiwaren

Spülapparate, Frauendouchen, Clysois, Schläuche, Unter-Lagen, Vorfal-Binden, Frauentropfen u. a. sanitäre

Gummiwaren. Anfragen erb. (Damenbedienung durch m. Frau) W. Heusinger Dresden, am See 37, nahe Hauptbahnhof.

Ziegen jede

mit Preisangabe sucht zu kaufen

Rurt Gerber, Bischofswerda, Belmsdorfer Straße 13.

Besuchskarten fertigen sauber E.L. Försters Erben

Obstbäume u. Beerenränder in allen Formen und reicher Auswahl, sowie Obstzweigen (Edel) empfiehlt Gärtnereibetrieb Mag. Ziegenbald, Großschönau.

Stellen-Angebote

Ein Knabe, welcher Ostern die Schule verläßt und Lust hat

Maler zu werden, kann Ostern in die Lehre treten bei Andreas Groha, Malermeister.

Zuverlässiges Hausmädchen (auch v. Lande) zum 15. Februar gesucht.

Frau A. Kaufmann, Dhorner Str. 186.

Zuverlässiges Hausmädchen sucht für 1. oder 15. Februar

E. Endler.

Eine Großmagd

wird für Landwirtschaft gesucht. Zu erfragen in der Geschäftsstelle d. Bl.

Saubere Aufwartung gesucht. Zu erfragen in der Geschäftsstelle d. Blattes.

Zu verkaufen

Ein guterhaltener, schwarzer

Gehrock

zu verkaufen Langestraße 3 L. Guterhaltener Anzug (für 14-17 jähr. Kn.) und 1 Paar Schuhe preisw. zu verkaufen. Dhorner 47 B.

! Olympia - Theater !
Heute Freitag und Sonnabend 6 Uhr Anders als die Andern — § 175.
Sonntag 4 Uhr Familienvorstellung!
Rote Rache.
Großes Wild-West-Drama in 5 Akten.

Sächs. Militärverein Pulsnig.

Sonntag, den 25. d. M., nachmittag 4 Uhr im Schützenhause

General-Versammlung.

Tagesordnung: 1. Aufnahme. 2. Jahresbericht. 3. Ergänzungswahl des Vorstandes. 4. Coll. Anträge (sind bis 22. d. M. bei Unterzeichnetem einzureichen). 5. Vereinsangelegenheiten.

Zahlreichen Besuch erwartet der Vorstand.
Allen meinen Gönnern bei meinem Weggange von Lichtenberg ein herzliches Lebewohl!
Fritz Lorenz, Friseur, Glashütte.

Felle! Wahrung! Felle!

Wenn Sie alle Arten Rohfelle zu verkaufen haben, so lassen Sie sich nicht durch schreiende Reklame von der Konkurrenz beziren. Wir zahlen die erdenklich höchsten Preise!

Alte große Bodfelle Stück 125 Mk.

Alte gr. Ziegenf. Stück 6, 115 M	Schaffelle Stück bis 125 M
Junge Ziegenfelle Stück 60, 70, 80, 90 M	Rindshäute Kilo " 26 M
Kaninfelle, pr. Kilo bis 36 M	Zuchsfelle Stück " 350 M
Hafenfelle, Stück " 10 M	Wardorfelle " " 300 M
Gr. Rehfelle " " 35 M	Fitisfelle " " 75 M
Kalbfelle " " 150 M	Hantierfelle " " 3 M
	Waulwurfsfelle " " 2 M

Schafwolle, Kilo bis 45 Mark.

Sämtliche Arten Rohhaare zu höchsten Preisen

Keine Filiale am Plage!
nur Dresden, Grunaerstraße 22 L.
Händler und Schlächter höhere Preise!

Einkaufs-Zentrale

nur Dresden, Grunaerstr. 22, 1. Etage. Teleph. 18 729.

Geschlechts-Kranke!

Rasche Hilfe — Doppelte Hilfe!
Harnröhrenleiden, frischer und veralteter Ausfluß. Heilung in kürzester Frist; Syphilis, ohne Berufshörung, ohne Einspritzung und andere Gifte, Manneschwäche, sofortige Hilfe. Ueber jedes der drei Leiden ist eine ausführliche Broschüre erschienen mit zahlreichen ärztl. Gutachten und hunderten freiwilligen Dankschreiben Geheilter. Zusendung kostenlos gegen 1 Mk. in Marken für Porto und Spesen in verschlossenem Doppelbrief ohne Ausdruck durch Spezialarzt Dr. med. Dammann, Berlin 1879, Potsdamer Str. 123 b. Sprechzeit 9-11 Uhr, 2-4 Uhr, Sonntags 10-11 Uhr. Genaue Angabe des Leidens erwünscht, damit die richtige Broschüre gesandt werden kann.

